

# Militaristen werden nicht durchkommen!

Die Professorin, die andere politische Ansichten hat als die Mehrheit des deutschen Bundestages, die den Weg zur deutschen Einheit über Ostkontakte gehen will, wird diskreditiert und schlimmer noch sie wird von der Behörde dafür gerügt. Es ist sehr betrüblich, wenn Menschen in einem Staat, der sich offiziell als „Demokratie“ bezeichnet, von der vorgesetzten Behörde aufgefordert werden, ihre Meinung zu ändern oder im Weigerungsfalle von ihrem Posten entfernt werden.

Hand in Hand mit der dreisten und großmäuligen Propagierung einer Revanchepolitik und der beschleunigten Atom- und Raketenbewaffnung ihrer Wehrmacht verstärken die westdeutschen Militaristen die Hexenjagd auf alle die Kräfte, die sich auch nur einigermaßen dem Bonner Kurs widersetzen. Und sie scheuen sich dabei nicht, demokratische Grundsätze und verfassungsrechtlich verbriebe Freiheiten über den Haufen zu rennen.

Wir berichteten bereits über die willkürliche Maßregelung der Professorin Renate Riemack, die aus nationaler Verantwortung heraus nicht mehr dulden konnte, was sich im Bonner Staat tut, durch den CDU-Kultusminister von Nordrhein-Westfalen. Es ist dies der gleiche Minister Schütz, der bereits die Professoren Hagemann und Wegener auf dem Gewissen hat. Aber gerade diese neuerliche diktatorische Anmaßung offenbart in ihrer Resonanz, daß es den Militaristen nicht mehr möglich ist, nach Willkür über die Stränge zu schlagen, daß die demokratischen Kräfte in Westdeutschland, besonders an den Hochschulen, durchaus wach sind und im Begriff, sich zur Verteidigung der Demokratie und insbesondere zur Abwehr der durchgängigen Militarisierung zusammenzuschließen. Der Widerstand gegen die jeglicher Demokratie hohnsprechende Willkür ist so groß, daß sich sogar einige westdeutsche Zeitungen gezwungen sahen, empörte Lesermeinungen wiederzugeben (siehe Fakamiles).

Wenn man die Maßregelung von Frau Prof. Riemack als ein Signal zur Verfolgung aller der Persönlich-

keiten der Bundesrepublik betrachtet, die das berüchtigte Komitee „Rettet die Freiheit“ in seinem „Rotbuch“ als den Kommunisten nahestehend zu verleumden und zu schmähen versucht, so kann man dazu nur sagen: Es war ein Signal für die demokratischen Kräfte. Der Kreis derjenigen wächst, die diese infamen Verleumdungen durchschauen.

Und der Widerstand der Wissenschaftler und Studenten in diesem Falle ist kein Einzelbeispiel. Die Herausgeber der Studentenzeitung „Diskus“ erhoben öffentlich Klage gegen das genannte Komitee wegen der Behauptung im „Rotbuch“: „Eine Reihe weiterer Studentenzeitungen, wie etwa die in Frankfurt erscheinende „Diskus“ ... vertreten bzw. vertreten prokommunistische Tendenzen“ und ebenfalls in diffamierender Absicht: „... eine direkte finanzielle Unterstützung aus östlichen Quellen ist aber nicht nachzuweisen.“ - Im ersten Teil des Prozesses in dieser Angelegenheit versuchte zwar der Rechtsvertreter von Rainer Barzel - das ist der Geschäftsführer des Komitees und Mitglied der CDU-Fraktion des Bundestages - die Weltfestspiele der Jugend und Studenten, die Kritik an der Bundeswehr sowie das Eintreten für Ost-West-Kontakte als prokommunistisch abzustempeln, konnte sich damit aber vorerst nicht durchsetzen.

Immer schwerer wird es für die westdeutschen Militaristen und ihre Apologeten, sowohl den Kommunismus und Sozialismus zu diffamieren als auch die demokratische Bewegung damit aufzuhalten, daß sie als kommunistisch abgestempelt wird. Die Atomkriegsgegner schließen sich immer fester zusammen im Kampf gegen Militarismus und für Demokratie, immer unwirksamer werden die Verleumdungen, immer wirk-

samer unsere Erfolge in der DDR, und damit wird auch immer besser die Notwendigkeit erkannt, daß wir diesen Kampf gemeinsam führen müssen.

Auch die SDS-Mitglieder weisen den Vorwurf von seiten des SPD-Vorstandes zurück, der die antimilitaristische Politik des SDS als kommunistische Unterwanderung bezeichnet, und in dem von „trojanischen Eseln“ und „unbekannten Hintermännern“ gesprochen wird. Der Bundesvorsitzende des SDS, Günter Kallauch, hingegen erklärte, nachdem sich die SPD völlig vom SDS losgesagt hatte, eindeutig: „Der SDS wird jede Aktion, die sich gegen die Atombewaffnung richtet, unterstützen; da wird er es den japanischen Studenten gleichtun“. Damit kennzeichnet er die nationale Zielsetzung dieser Politik, der alle friedliebenden Menschen in Deutschland zustimmen.

Und im Auftrage von Mitgliedern der SDS-Gruppen an 13 Universitäten und Hochschulen Westdeutschlands verfaßte der in Münster studierende Horst Stückmann ein Rundschreiben an alle SDS-Mitglieder, in dem er, die Verleumdungen der

rechten SPD-Führer zurückweisend schreibt: Die Front verlaufe nicht zwischen dem SDS und der SPD, „sondern zwischen uns, der überwiegenden Mehrheit der SPD-Mitglieder und dem fortschrittlich gesinnten Bürgertum auf der einen Seite - und den Kräften des Spätkapitalismus (insbesondere dem Klerikal-Faschismus und Abendländertum) samt seinen trojanischen Eseln im SPD-Parteivorstand auf der anderen Seite.“ Und er schließt mit der Feststellung: „Wir sind und bleiben das wache, unruhige Gewissen der Sozialdemokratie - auch wenn dies der gegenwärtigen Parteiführung nicht paßt.“

Es gelang also auch den Helfern der Militaristen, den rechten Führern im SPD-Parteivorstand, nicht, den SDS politisch zu diffamieren und mundtot zu machen, weder durch Spaltungsversuche noch durch üble Nachreden - ebensowenig wie es durch die Maßregelung von Frau Prof. Riemack der CDU gelingen wird, sie und alle fortschrittlichen Wissenschaftler mundtot zu machen. - Im Gegenteil, je konsequenter die Funktionäre des SDS auftreten, und eine nationale, antimilitaristische Politik verfolgen, um so mehr Ansehen erlangen sie unter der Studentenschaft, und um so weniger fand der gepredigte Antikommunismus noch Resonanz. Ebenso haben die demokratischen Studentenzeitungen im Kampf gegen den deutschen Militarismus die Mehrheit der Studenten auf ihrer Seite und schließlich in gleicher Weise stellen sich namhafte



Prof. Renate Riemack

Die Rektorin hatte dem Kultusminister mitgeteilt, daß der Lehrkörper der Pädagogischen Akademie eine Erklärung gegen die Zurückziehung von Frau Professor Riemack aus der Prüfungskommission veröffentlicht wolle. Schütz wies die Dozenten der Akademie auf ihre Beamtenpflichten hin. Daraufhin wurde die Erklärung nicht veröffentlicht.

Wissenschaftler sowie Studenten vor Frau Prof. Riemack. Alle haben sie Mut zum Kampf, ebenso wie z. B. der ASTA, die Gruppe des SDS und des Liberalen Deutschen Studentenbundes an der Tübinger Universität, die trotz der wüsten Hetze gegen die Westberliner Ausstellung „Ungeübte Nazijustiz“ und ihre Veranstalter in ihrem Studentenheim eine Ausstellung „Dokumente der NS-Justiz“ zeigten, obwohl bereits vorher der „Baden-Württembergische Richterbund“ seinen Einspruch dagegen erhoben hatte.

All diese Ereignisse, all diese Bewegungen in der Studentenschaft und unter den Wissenschaftlern und nicht zuletzt die Rekordbesucherzahl bei der genannten Ausstellung an der Tübinger Universität beweisen, daß die demokratischen Kräfte in Westdeutschland, auch die an den Hochschulen, nicht einzuschläfern sind. Sie sind stark, wenn sie das Lügengewebe des Antikommunismus zerreißen und konsequent die nationalen Interessen vertreten. Sie sind stark, wenn sie mit uns gemeinsam um unsere gemeinsamen Ziele kämpfen. Sie haben unsere volle Sympathie und Unterstützung auf ihrer Seite.

Und wir können sie am besten unterstützen, indem wir durch unsere Erfolge, durch den Aufbau des Sozialismus die antikommunistischen Tiraden ab absurdam führen und so eine Basis schaffen für eine feste demokratische und antimilitaristische Kampffront in ganz Deutschland.

Günter Lippold

## Wahre Freunde

Die afrikanischen Freunde, die an unserer Universität studieren, haben täglich Gelegenheit, die Sympathie und Anteilnahme unserer Bevölkerung für den nationalen Befreiungskampf der afrikanischen Völker zu verspüren. Und unsere Sympathie ist keine leere Höflichkeitsphrase. Jedes Jahr kommen mehr Studenten aus den antiimperialistischen Nationalstaaten zu uns nach Leipzig und beginnen am Institut für Ausländerstudium zu lernen. Die Angehörigen des Lehrkörpers dieser Universitätsinstitution wie auch anderer Institute, an denen Ausländer studieren, verwenden all ihre Liebe und Mühe, um den Freunden aus anderen Ländern möglichst schnell bei der Aneignung guter Fachkenntnisse zu helfen. Studentenbetreuer der FDJ sitzen während des Studienjahres täglich mit unseren Freunden bei der Lernarbeit.

Es erfüllt uns mit Freude, daß immer mehr Afrikaner aus unabhängigen Nationalstaaten zu uns kommen, in denen gestern noch das Kolonialregime herrschte. So haben erst in letzter Zeit die Völker in Mali, Dahomey, Niger, Ober-Volta und der Elfenbeinküste ihre Unabhängigkeit proklamiert. Die Länder Tschad, Zentralafrikanische Republik und Gabun werden noch im Laufe dieses Monats selbständige Staaten, Nigeria und andere folgen bis Ende dieses Jahres. Das kongolische Volk steht mitten im Kampf um die Wahrung seiner Souveränität.

Der historische Aufbruch des schwarzen Kontinentes bestätigt aufs Neue die Richtigkeit der Feststellung, die das ZK der SED in seiner Entscheidung zu den Ergebnissen der Bukarester Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien zum Ausdruck brachte: Die Positionen des Imperialismus werden immer schwächer. Das schändliche Kolonialsystem befindet sich im vollständigen Verfall.

Den Verfall des Kolonialsystems können auch die Manipulationen westdeutscher Universitäten nicht ändern, die unter der transparenten Fahne „mangelnde Begabung bei afro-asiatischen Studenten“ das Ausländerstudium drosseln wollen. Die guten Leistungen der Auslandsstudenten an unserer Universität beweisen das Gegenteil.

Und die andere Masche der christlich-demokratischen Universitätsexperten: Wenn schon Auslandsstudenten, dann allerdings Erziehung im Sinne der „westlichen Demokratie“: Greift ihnen ein bißchen unter die Arme, damit sie in ihren Staaten für die direkte oder indirekte Rückkehr der so lebenswichtigen deutschen Kolonialherren Reklame machen. „Mit der akademischen Freiheit können nur wenige Ausländer etwas anfangen“, orakelt das Lemmer-Blatt „Der Tag“.

Man sieht also auch hier: Zwei deutsche Staaten - zwei Welten. Wir sind jedenfalls stolz darauf, zur Welt des Antikolonialismus, zur Welt aufrichtiger Freunde der afrikanischen Völker zu gehören.

Rr

## Die Maßregelung zurücknehmen!



Prof. Dr. Walter Reißmann, Leiter der Abteilung Unterrichtsmethodik des Instituts für Pädagogik, richtete an den Kultusminister von Nordrhein-Westfalen einen Protestbrief gegen die Maßregelung von Frau Prof. Renate Riemack, in dem es heißt:

Ich protestiere als pädagogischer Wissenschaftler energisch gegen Ihre Anordnung, in der ein Recht, das jedem Lehrenden an Universitäten und Hochschulen in allen Ländern ohne Einschränkung zugestanden wird, entzogen wurde. Ich spreche die Hoffnung aus, daß

Frau Prof. Dr. Riemack bald rehabilitiert wird.

An Frau Prof. Riemack schrieb Prof. Reißmann:

Mit großer Empörung vernahm ich die Mitteilung, daß Herr Kultusminister Schütz aus Düsseldorf Ihnen das Recht, Ihre Studenten zu prüfen, entzogen hat, ein Recht, das jedem Wissenschaftler an den Universitäten und Lehranstalten in jedem Land zusteht.

Ich kenne Sie als tapfere Frau, die unentwegt und an vielen Orten gegen die westdeutsche Atomkriegsrüstung auftritt, getragen von edlem humanistischem Denken und erfüllt von der großen Verantwortung für die Ausbildung des Lehrernachwuchses. Ich verurteile das Unrecht, das man Ihnen antut, und werde durch meinen Protest dazu beitragen, daß die Maßregelung gegen Sie zurückgenommen wird.

## Zur Vorbereitung der Parteischulung 1960/61 (III)

# Vom Zirkelleiter hängt viel ab

der führenden Rolle der Parteiorganisation und hohe wissenschaftliche Leistungen in der Forschung und in der Ausbildung der Studenten sein müssen.

Das setzt jedoch Klarheit in den politischen Grundfragen bei jedem Genossen voraus. Obwohl es in der erzieherischen Wirkung des Parteilehrjahres im vergangenen Jahr einen großen Fortschritt gab, zeigten sich jedoch bei vielen Genossen Unklarheiten in grundlegenden politischen Fragen, besonders in den Fragen des Grundwiderspruchs in Deutschland und den Wegen und Aufgaben bei der Bändigung des westdeutschen Militarismus, in der Schaffung eines friedliebenden Deutschland, es zeigte sich zum Teil eine Unterschätzung der Rolle der Volksmassen, besonders im gegenwärtigen Kampf in Westdeutschland und es waren nicht allen Genossen die Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus und ihre Verwirklichung in der DDR sowie die Bedeutung des maximalen Zeitgewinns bei der Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe und des Siebenjahresplanes klar. Das gilt besonders für die Genossen der Medizinischen, Landwirtschaftlichen, Veterinärmedizinischen und Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät.

Die Aufgabe der Genossen Zirkelleiter besteht in erster Linie darin, in den Zirkeln bei allen Genossen Klarheit in den Grundfragen zu schaffen, um sie zu befähigen, noch aktiver die Ziele der Partei durchzusetzen. Dies muß erreicht werden in Auseinandersetzung mit überheblichen Tendenzen bei einem Teil der Genossen und auch bei einigen Zirkelleitern, wie die letzte Anleitung zum Lehrbuch-Zirkel bestätigte, gegenüber den Grundfragen des Marxismus-Leninismus und der politisch-ideologischen Erziehungsarbeit im Parteilehrjahr.

Das bedeutet jedoch, daß die teilweise theoretisch-abstrakte oder auf der anderen Seite die oberflächlich-agitatorische Behandlung der Probleme überwunden und die Einheit von Politik und Wissenschaft Theorie und Praxis Grundlage der Zirkel werden muß.

Gerade dabei haben die Leitungen der Grundorganisationen eine entscheidende Verantwortung, indem sie zum Beispiel mit allen Zirkelleitern vor jedem Zirkelthema gründlich das politisch-ideologische Erziehungsziel in Verbindung mit den konkreten Aufgaben der Parteiorganisation an der jeweiligen Fakultät bzw. Institut beraten, indem sie regelmäßig den Erfahrungsaustausch zwischen den Zirkelleitern organisieren sowie dafür sorgen, daß die Auseinandersetzungen

und Schlußfolgerungen aus den Zirkeln sich mehr als bisher an den Wandzeitungen widerspiegeln usw.

Vor allem aber ist eine bessere Teilnahme und Vorbereitung der Genossen auf die Zirkel zu erreichen und mit einer Unterschätzung des Partellehrjahres bei einem Teil der Genossen ist Schluß zu machen. Die Zirkelleiter sind dafür verantwortlich, daß mit den oft fehlenden und ungenügend vorbereiteten Genossen im Zirkel Auseinandersetzungen geführt werden. Gleichzeitig sollten sich die Genossen Zirkelleiter Gedanken machen, wie sie z. B. durch Konsultationen, Diskussionen von Schwerpunkten an der Wandzeitung durch Kurzreferate, Kontrolle der schriftlichen Vorbereitung u. a. das Selbststudium der Genossen besser unterstützen und kontrollieren können.

Es sollten auch bei der Durchführung der Zirkel, bei der Hebung ihres Niveaus neue Wege und Formen gefunden werden, z. B. bei bestimmten Themen gemeinsame Durchführung eines Zirkels zwischen einer gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät und einer naturwissenschaftlichen Fakultät, oder bei bestimmten Themen Teilnahme von Genossen aus sozialistischen Brigaden der Betriebe oder LPG oder Teilnahme an Zirkeln in den Betrieben usw.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Hebung des Niveaus der Parteischulung ist die ständige Qualifizierung der Zirkelleiter und dabei besonders die Verbesserung der Anleitungen der Zirkelleiter. Diese sollen nicht ein Vortrag über eine Fülle von zu behandelnden Problemen sein, sondern sie müssen konsequent seminaristisch durchgeführt und zu einem Forum von Auseinandersetzungen über wichtige politisch-theoretische und methodische Fragen werden.

Das setzt jedoch voraus, daß sich die Genossen Zirkelleiter auf die Anleitung, wie die Genossen für den Zirkel, nach vorher herausgegebenen Schwerpunkten exakt vorbereiten. Die Leitungen der Grundorganisationen sind für die Kontrolle der Vorbereitung der Zirkelleiter verantwortlich.

Für die Verbesserung der Parteischulung ergibt sich weiterhin auch die Notwendigkeit, daß sich die Propagandakommission im kommenden Studienjahr alle zwei Monate ausführlich, nach vorherigen Untersuchungen und Hospitationen, mit der Durchführung des Partellehrjahres an einer Fakultät bzw. Institut beschäftigen wird.

Genossen, setzen wir alles daran, das Partellehrjahr im kommenden Jahr zu einem wirklichen Instrument der Parteierziehung zu machen!

Helmut Smolinski,

Stellvertretender Vorsitzender der Propagandakommission der UPL